

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: SW. 66, Cindenerstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-295. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-5 Uhr. Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 66, Cindenerstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Severing im Lager der Vertriebenen.

Nächtlicher Besuch. — Der Minister organisiert die Hilfsmaßnahmen.

Schneidemühl, 3. August. (Eigener Drahtbericht.) Der preussische Minister des Innern, Genosse Severing, traf am Sonntagabend gegen 11 Uhr zur Besichtigung des hiesigen Vertriebenenlagers ein. Die Ankündigung seiner Reise hat auf die in Schneidemühl zuständigen preussischen Behörden ihre Wirkung nicht verfehlt; denn bereits am Sonntag vormittag wurde mit allen Mitteln versucht, das Lager so gut wie möglich insandzusehen und alle unangenehmen Dinge dem Auge des Ministers zu entziehen. Severing aber hatte den späten Zeitpunkt seiner Ankunft nicht ohne Grund gewählt. Er wollte gerade die Unterkunftsbedingungen während der Nacht studieren und unterzog deshalb die Aufschallsträume der Optanten bis in die späte Nacht hinein einer Inspektion. In ausführlichen Unterhaltungen mit den Ausgewiesenen lernte er deren Klagen kennen und wurde er vor allen Dingen auf einzelne Mißstände aufmerksam gemacht, deren Beseitigung noch im Laufe des heutigen Tages vor sich gehen soll. Heute vormittag wird Severing mit den Behörden in Gegenwart einer Delegation der Optanten verhandeln, nicht nur über die Verhältnisse im Lager, sondern auch über die Unterkunftsbedingungen in Preußen, die Arbeitsbeschaffung usw. Vorerst sind dem zuständigen Regierungspräsidenten für die Vertriebenen von der preussischen Staatsregierung 5 Millionen Mark zur Verfügung gestellt worden.

Am Sonntag war der Zustrom an Flüchtlingen bereits wesentlich geringer als am 1. August. Der übergroße Teil der Optanten dürfte die deutsch-polnische Grenze überschritten haben, so daß höchstens noch 1000 bis 2500 Ausgewiesene in Schneidemühl zu erwarten sind. Für den Fall, daß Unterkunftsbedingungen für die Optanten im Reich nicht so schnell beschafft werden können, als es wünschenswert ist, und infolgedessen ihr Verbleiben in dem Durchgangslager erforderlich wird, plant der preussische Minister des Innern vorübergehend auch das Lager in Jossen in den Dienst der Optanten zu stellen.

Die Maßnahmen des Innenministers.

Der preussische Innenminister Genosse Severing, der Sonntag nach in Schneidemühl eingetroffen ist, das Flüchtlingslager sofort inspiziert hat und im Anschluß daran auch während des Vormittags mit den dortigen leitenden Stellen ebenso wie mit Vertretern aller Gruppen der Lagerinsassen eingehend konferiert hat, gibt dem Amtlichen Preussischen Pressedienst die folgende Schilderung der dortigen Lage und der von ihm getroffenen Maßnahmen:

Die Situation im Lager, die sich am Freitag und Sonnabend zeitweilig durch den nicht genau vorauszu sehenden Ansturm mehrerer tausend Neuankommender kompliziert hatte, ist jetzt wesentlich besser, und dementsprechend ist auch die Stimmung im Lager gut geworden. Die Lagerinsassen sind mit der Verpflegung zufrieden; ich habe auch noch vier Feldküchen von Berlin herbestellt, um die Küchenverhältnisse noch weiter zu verbessern. Der Ansturm der Neuankommenden hat jetzt abgeflaut und seinen Höhepunkt zweifellos überschritten. Heute sind noch etwa 350 neue Optanten eingetroffen, die sofort untergebracht und verpflegt worden sind.

Um die noch nicht befriedigend gelungenen Unterkunftsverhältnisse zu verbessern, werden, wie ich angeordnet habe, sofort von Berlin 9000 Decken herbeifrachtet.

Zuherden werden in ausreichender Zahl an Ort und Stelle Holzbeistellen zusammengestellt, die zusammen mit den Decken dann wirklich brauchbare Lagerstätten für jeden einzelnen ergeben. Selbstverständlich braucht niemand etwa, wie das an einzelnen Stellen behauptet worden war, vorübergehend im Freien zu übernachten; für alle Optanten sind genügend Unterkunftsräume vorhanden. Unsere ganz besondere Sorge gilt selbstverständlich den Kindern, für die alles Menschenmögliche getan werden muß, um jede gesundheitliche Gefährdung von ihnen fernzuhalten. Es ist Anordnung gegeben worden, möglichst alle Kinder, von denen sich die Eltern zeitweilig trennen wollen, in sorgsame Privatpflege resp. in Kinderheime,

etwa an der Ostsee oder an sonstigen geeigneten Stellen zu geben, wo sie in guter Obhut sind. Außerdem wird ein Kinderheim, das in Schneidemühl errichtet wird, in spätestens sechs Wochen fertig sein und 500 Kindern dauernd so lange Unterkunft geben, wie es die Verhältnisse der Eltern nur erfordern. Die einzige Schwierigkeit ist eben die, daß sich viele Mütter auch nur für kurze Zeit nicht von ihren Kindern trennen wollen und daß also diese Kinder so lange im Lager mit ihren Eltern bleiben müssen, bis die — allerdings mit größter Bewilligung betriebene — Verteilung der Eltern auf die einzelnen Regierungsbezirke durchgeführt ist. Da aber die Frequenz des Lagers durch die dauernd erfolgenden Abtransporte nach den einzelnen Arbeitsstellen sich ständig vermindern wird, so werden auch im Lager schon in aller Kürze die Verhältnisse so sein, daß die Kinder auch dort ohne irgendwelche Besorgnisse längere Zeit gelassen werden können, wenn dies erforderlich sein sollte.

Ich betone ganz besonders, daß von Anfang an schon die dortigen Behörden von mir mit ausreichenden finanziellen Vollmachten versehen worden sind und auch soviel Schutzpolizei-personal anfordern konnten, wie sie zur Bewilligung der technischen Arbeiten brauchen.

Nach meinen heute morgen gepflogenen Konferenzen, in denen ich nochmals alle sich als nötig erweisenden Kredite und Vollmachten gegeben habe, haben mir auch die leitenden Persönlichkeiten des Lagers bekundet, daß die finanzielle Frage vollkommen geregelt ist, und daß sie durchaus insandzusehen sind, jetzt allen

Anforderungen gerecht zu werden, damit nichts verabsäumt wird, den deutschen Brüdern und Schwestern, die das Lager in ihrer schweren politischen und wirtschaftlichen Bedrängnis und Not aufsuchen, jede nur irgendmögliche Erleichterung und Hilfe zu verschaffen.

Minister Severing ist heute mittag noch im dortigen Lager geblieben und wird erst abends nach Berlin zurückkehren.

Hindenburg informiert sich.

Reichspräsident Hindenburg empfing heute den Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann und den Reichsinnenminister Schiele zum Vortrag über die Ausweisung der deutschen Optanten aus Polen, die Verpflegung der Ausgewiesenen und die im Zusammenhang hiermit noch zu treffenden Maßnahmen.

Polen schädigt sich selbst.

New York, 3. August. (W.B.) Der polnische Senat, der seit einem Jahr an der New Yorker Börse dauernd 19,20 notierte,

fiel am 29. Juli plötzlich auf 17,75. Die amerikanische Presse erblickt den Grund dieses Sturzes in dem Vorkrieg Polens mit Deutschland und in den durch die polnischen Waffenausweisungen bedingten Zwangsverkäufen der vertriebenen Deutschen.

Sozialdemokratischer Protest.

Gegen die Grausamkeit der Ausweisung. Der Bezirksparteitag der Sozialdemokratie Groß-Berlins nahm am Sonntag einstimmig folgende Entschließung an:

„Der am 2. August 1925 tagende Bezirksparteitag der Sozialdemokratie Berlin erhebt empörten Widerspruch gegen die allen menschlichen Empfindungen widersprechende Grausamkeit, mit der die polnische Regierung als Mittel im Kampfe um Handelsverträge das Mittel der Ausweisung vieler Tausende unbeteiligter Deutschen anwendet. Der Parteitag erwartet, daß die zuständigen deutschen Behörden jedes geeignete Mittel, jedoch nicht das grausame der Ausweisung unbeteiligter Polen anwenden werden, um diesen unwürdigen Gewalttaten entgegenzuwirken und den Notleidenden Hilfe zu bringen.“

Umsatzsteuerberatung im Reichstag.

Die heutige Sitzung des Reichstages wurde vom Präsidenten Löbe mit der Mitteilung eröffnet, daß 14 Abgeordnete um Urlaub nachgesucht haben. Zum größten Teil wird Krankheit als Begründung angeführt. Ohne Zweifel hängt die steigende Zahl der Erkrankungen von Abgeordneten mit der jetzigen Arbeitszeit des Reichstages zusammen.

Dann wurde die Einzelberatung des Gesetzentwurfes zur Änderung der Verbrauchssteuern und des Verfahrens fortgesetzt. Die Aussprache bewegte sich heute vormittag im wesentlichen um den Artikel IIIa, Umsatzsteuer.

Die Sozialdemokratische Fraktion beantragt dazu, daß die Umwälzung von Lebensmitteln umsatzsteuerfrei sein sollen, sie verlangt weiter die Herabsetzung der allgemeinen Umsatzsteuer ab 1. Oktober 1925 auf 1 Proz., ab 1. April 1926 auf $\frac{1}{2}$ Proz. des Endpreises. Die Vermittlungen und Abschlüsse der Handelsvertreter sollen umsatzsteuerfrei sein. Ferner sollen von der Umsatzsteuer die Genossenschaften frei bleiben, die einem Kooperationsverband angehören, und die der gemeinschaftlichen Bewertung von Erzeugnissen der Genossen oder dem gemeinschaftlichen Absatz von Waren der Genossen oder dem gemeinschaftlichen Einkauf von Waren oder der Herstellung von Häuflern für die Genossen dienen.

Abg. Peine (Soz.)

bezeichnete die Umsatzsteuer als eine Last für die Wirtschaft, die ganz besonders die letzten Verbraucher treffe. Sie hätte schon längst beseitigt werden müssen, bestimmt aber nach der Stabilisierung der Währung. Von dem bisherigen Tempo der Herabsetzung der Umsatzsteuer seien die Preise noch nicht berührt worden. Auch nach der jetzigen Herabsetzung von $\frac{1}{4}$ auf $\frac{1}{2}$ Proz. werden die Verbraucher keine billigeren Preise zahlen. Diejenigen, die die Steuern abzuführen haben, werden die $\frac{1}{4}$ Proz. für sich behalten. Anders wäre die Wirkung gewesen, wenn man eine stärkere Herabsetzung der Steuern, wie sie die Sozialdemokraten verlangen, durchgeführt hätte. Diese langsame Herabsetzung der Umsatzsteuer müsse zu der Ueberzeugung führen, daß die Regierung diese Steuer noch längere Zeit beibehalten wolle. Die Befürchtungen, daß eine starke Herabsetzung der Umsatzsteuer das Steuerauskommen wesentlich erniedrigen würde, seien unbegründet, da mit der hoffentlich zu erwartenden Belebung der Wirtschaft auch die Umsätze und damit das Steuerauskommen steigen würden. Die Umsatzsteuer wirke besonders deshalb ungerecht, weil diejenigen Betriebe in Handel und Industrie, die eine Zusammenlegung vornehmen könnten, sich von der Steuerleistung zum großen Teil befreien können; sie richten aber ihre Preise nach der Preisstellung derjenigen Betriebe, die sich der Umsatzsteuer nicht entziehen können. Die Regierung wolle sich den Steuereingang durch die Umsatzsteuer sichern, damit sie bei den Besitzern in möglichst schonender Vorgehen könne. Die Regierung hätte aber, wenn sie auf die Wirtschaft wirklich Rücksicht nehmen wollte, umgekehrt vorgehen müssen, nämlich

erst für ein höheres Auskommen an Verbrauchssteuern sorgen müssen, um dann die Umsatzsteuer abzubauen.

Sie wollte aber erst leben, was die Regierungsparteien bewilligen würden, und deshalb habe sie den energischen Abbau der Umsatzsteuer nicht durchgeführt. Die Regierung und die Regierungsparteien geben auch in dieser Frage auf die Gutachten der Sachverständigen ebensowenig etwas, wie bei der Zollfrage. Die Tatsache findet bei ihnen keinerlei Beachtung, daß der Hauptteil der Steuern durch Lohn- und Umsatzsteuer erbracht wird, während die fünf Besitzsteuern nur einen kleinen Teil davon erbringen. Die Regierung hat den sozialdemokratischen Antrag auf Beseitigung der Umsatzsteuer auf Lebensmitteln mit dem Vorwand bekämpft, weil das eine saubere Scheidung in den Geschäften, die Lebensmittel und andere Waren verkaufen, nicht möglich sei. Wenn die Regierung nur den Willen dazu hätte, dann wäre es wohl möglich, diese Scheidung durchzuführen. Die minderbemittelte Bevölkerung, besonders aber die von den ländlichen Renten und Unterstützungen lebenden Massen, haben ein dringendes Interesse daran, daß die Lebensmittel verbilligt werden. Die Arbeiter können die Umsatzsteuer nicht abwägen. Wir müssen diesen Kreisen endlich die schwersten Lasten abnehmen, aus sozialen, bevölkerungspolitischen und gesundheitlichen Gründen muß der sozial-

demokratische Antrag auf Aufhebung der Umsatzsteuer auf Lebensmittel angenommen werden.

Ein schreiendes Unrecht ist die Doppelbesteuerung der Genossenschaften.

Es ist kein Mensch hier im Hause, der nicht weiß, daß das ein Unrecht ist. Wenn die Rechtsparteien trotzdem es nicht beseitigen wollen, so beweisen sie damit, daß ihnen die Bekämpfung einer Idee höher steht als die Befreiung eines Unrechts. Die Folge der Doppelbesteuerung ist, daß die Wirksamkeit der Organisationen der Verbraucher unterbunden wird, daß den minderbemittelten Massen die Vorteile der genossenschaftlichen Organisationen entzogen werden, nur damit die rückständigsten Kleinbetriebe unter allen Umständen aufrechterhalten werden. Der Redner wandte sich gegen die Behauptung der Kommunisten, daß die Sozialdemokraten einen „Verrat“ an den Genossenschaften verübt hätten. Er stellte fest, daß in den letzten sieben Jahren kein Antrag zur Abstimmung über die Genossenschaftsfrage gekommen sei, der nicht von ihm begründet wurde. Alle kommunistischen Anträge sind nur von uns abgelehnt worden. (Hört, hört! bei den Soz.) Ich erhebe keinen Anspruch auf Bezahlung, will auch nicht das Urheberrecht für mich in Anspruch nehmen. Aber gegen den unbegründeten Vorwurf müssen wir Verwahrung einlegen, als ob die Sozialdemokratie nicht alles tue, um das den Genossenschaften zugefügte Unrecht zu beseitigen. Wenn Sie (nach rechts) auf die bisherige Weise die Genossenschaften bekämpfen, dann werden Sie damit erreichen, daß die Genossenschaften mit ihren Organisationen in die politische Arena eintreten. (Wohlfahrt bei den Soz.)

In der weiteren Debatte wandte sich der Demokrat Brodau gegen die Aufrechterhaltung der Umsatzsteuer bei den Handelsvertretern. Er wies nach, daß die Deutschnationalen früher selbst diese Forderung aufgestellt haben, sie aber jetzt verraten.

Staatssekretär Popih wandte dagegen ein, daß die Umsatzsteuer stehe und solle mit ihrer Rücklosigkeit. Wenn man erst einzelnen Kreisen eine Beireiung zugestehet, dann würden auch sehr viele andere Kreise mit derselben Forderung kommen. Daher widerstrebe die Regierung dem Verlangen, die Handelsvertreter frei zu lassen. Es sei in einzelnen nicht möglich, zu überprüfen, ob die Ueberwälzung der Umsatzsteuer gelinge oder nicht, das sei eine Frage des wirtschaftlichen Kampfes. Jede Differenzierung aber würde die Erfüllung des Wunsches nach einer weiteren Herabsetzung und einer völligen Beseitigung der Umsatzsteuer verhindern.

Abg. Kirjmann (Soz.)

vermißt bei den Ausführungen des Staatssekretärs den Beweis, daß die Provision der Handelsvertreter ein „Unfug“ sei. Die Sozialdemokratie wende sich gegen die Aufrechterhaltung des offensibaren Unrechts, daß die Handelsvertreter eine doppelte Besteuerung ihres Einkommens tragen sollen. Diese Forderung ist auch von den großen handelspolitischen Organisationen gestellt worden. In den Provisionen stecken oft erhebliche Spesen. Auch dafür muß Umsatzsteuer gezahlt werden. Der Kompromißantrag der Regierungsparteien, der den Umfug der Handelsvertreter bis 1500 Mark freilassen will, beseitigt dieses Unrecht nicht. Bei den Deutschnationalen hat diese Frage in ihrer Agitation früher eine große Bedeutung gehabt; heute spielt sie bei ihnen nur eine untergeordnete Rolle. Auch in diesem Falle beweisen die Deutschnationalen, daß sie früher, als sie in der Opposition standen, eine verantwortungslose Politik getrieben haben, während sie heute sich so wandelten, daß sie alle ihre früheren Forderungen verraten und selbst offensibares Unrecht aufrecht erhalten wollen.

Der demokratische Abg. Fischer-Röln wandte sich gegen den Vorwurf, daß die Demokraten Vertreter des Großkapitals seien. Sein einziger ihrer Anträge fordere die Herabsetzung der Besitzsteuern, dagegen verlangen sie die soziale Gestaltung der Lohnsteuern und die Herabsetzung der Verbrauchssteuer. Die Regierung und die Regierungsparteien hätten sich früher gegen die Beseitigung der Umsatzsteuer gewandt, weil sie beim Finanzausgleich mit den Ländern eine Hauptrolle spielte. Nach dem Kompromiß sollen die Länder und Gemeinden eine feste Summe erhalten; der bisherige Vorschlag für die Aufrechterhaltung der Umsatzsteuer bestehe also nicht mehr.

Ob sie schreien können!

Diesmal nicht die Agrarier, sondern die Schwerindustrie.

Herr Hugenberg findet, daß sich die Entrüstung über die Interessentenpolitik der Mehrheitsparteien zu einseitig gegen die Agrarier richtet. Er findet, man dürfe darüber nicht die Interessentenpolitik der Schwerindustrie vergessen, und er schreit — schreit wie ein Agrarier, der nicht genug Zoll bekommen kann.

Herr Hugenberg ist Besitzer des „Total-Anzeiger“. Nichts ist zudumm, als daß er es nicht in seinem Papier drucken lassen könnte. Er fährt die ältesten Schlagworte der Schwerindustrie auf: die Sozialdemokratie ist betriebsfeindlich, die Betriebe realisieren nicht, mehr Zoll und weniger Steuern her, damit wir wieder verdienen. Das sind nun Argumente eines „Wirtschaftsführers“.

Aber Herr Harnisch, der für Herrn Hugenberg sonst die Schlagwortfabrikation besorgt, setzt erst den Punkt über das Geschrei seines Herrn. Die Arbeiter sind schuld! Sie wollen die verteuerten Waren nicht kaufen. Sie wollen einmal nicht! Das ist wirklich eine Bosheit. Dabei sind sie selbst schuld daran, daß die Waren teurer werden; denn das kommt nur — von der Sozialpolitik. Die ist an allem schuld: an der Teuerung, der Arbeitslosigkeit, dem Rückgang der Produktion — also fort mit der Sozialpolitik.

Ja, sie können schreien, Herr Hugenberg und sein Harnisch!

Deutsches Kohlendumping in Frankreich.

Der Wahnsinn der Schleuderkonkurrenz.

Paris, 3. August. (Eigener Drahtbericht.) Das von der französischen Regierung erlassene Einfuhrverbot für deutsche Kohle hat nach der schwerindustriellen Zeitschrift „Usine“ seinen Grund darin, daß deutsche Zechen versucht hätten, durch Angebote von Kohle auf freiem Markt und zu Preisen, die erheblich unter den von der französischen Regierung für Reparationskohlen zu zahlenden lagen, den Dames-Plan zu durchbrechen. Die in der Verordnung vorgesehenen Ausnahmen von dem Einfuhrverbot würden von der französischen Regierung ohne weiteres bewilligt werden, wenn der französische Besteller sich verpflichtet, den Preis für die von ihm im freien Handel bezogene Kohle nicht an den deutschen Lieferanten, sondern an die französische Regierung abzuliefern, die diese Eingänge mit dem Transfer-Komitee verrechnen würde.

Wie wir dazu erfahren, haben deutsche Zechen tatsächlich in den letzten Wochen größere Mengen Kohlen zu 19,50 pro Tonne im freien Handel nach Frankreich abgesetzt, während der Preis, den die französische Regierung nach den getroffenen Vereinbarungen für Reparationskohle zu zahlen hat, 24 Mark pro Tonne beträgt.

Diese Darstellung unseres Pariser Korrespondenten deckt sich durchaus mit den Informationen, auf Grund deren wir bereits vor einigen Tagen den deutsch-französischen Kohlenkonflikt kritisiert haben. Mit Hilfe von Krediten der Deutschen Golddiskontbank betreibt der deutsche Kohlenbergbau einen Schleudereport, der unsere eigene Verarbeitungsindustrie schädigt, indem er es den ausländischen Metall-, Maschinen- und sonstigen Verarbeitungsindustrien ermöglicht, billiger als Deutschland zu produzieren. Gefährlicher noch sind die Rückwirkungen auf die internationale Handelspolitik. Der deutsche Außenminister hat durch ein ihm befreundetes Presseorgan bereits betonen lassen, daß das französische Kohleneinfuhrverbot ebenso wie ein bereits bestehendes Einfuhrverbot für freie Farbstofflieferungen das Haupthindernis für eine deutsch-französische Wirtschaftsverständigung sei, um fortzuführen.

Denn auch hier ist deutscherseits immer der Standpunkt vertreten worden, daß die Aufrechterhaltung von Einfuhrverboten, die sich gegen Deutschland allein richten, ein Handelsabkommen un-

erträglich belasten würden. Eine solche Belastung mit neuem Konfliktstoff würden aber die am 15. September wieder beginnenden Verhandlungen durch ein gegen Deutschland gerichtetes Kohleneinfuhrverbot natürlich in verschärfter Weise auferlegt bekommen.

Also die deutsch-französische Wirtschaftsverständigung steht auf dem Spiel. Aber noch mehr! Bekanntlich konnte der Arbeitskampf im englischen Bergbau nur dadurch beigelegt werden, daß die britische Regierung ihrem Kohlenbergbau eine staatliche Subvention zur Erhaltung seiner Konkurrenzfähigkeit zubilligte. Der Kreis schließt sich also: deutsches Dumping, französisches Einfuhrverbot, englische Staatsunterstützung. Jetzt fehlt noch eine staatliche Unterstützung des deutschen Kohlenbergbaues, um das Dumping wenigstens auf anderen Auslandsmärkten aufrechterhalten zu können, und das ganze Theater kann von neuem losgehen! Opfer dieser ganzen planlosen und projektionistisch forcierten Konkurrenzpolitik werden schließlich die deutschen Bergarbeiter und mit ihnen die Arbeitnehmer aus den Bergarbeitungsindustrien sein, die letzteren, weil die Produkte ihrer Fabriken einer mit Hilfe verbilligt ausgeführter deutscher Kohle stark erhaltenen Auslandskonkurrenz ausgesetzt werden!

So geht es auf keinen Fall weiter. Man wird es dem deutschen Bergbau zugute halten müssen, daß er sich nur an die „bewährten“ Regeln kapitalistischer Absatzkonkurrenz hält, wenn er noch dem Ausland billiger liefert als an die deutsche Industrie. Die Regierung aber, die die Folgen einer derartigen verfehlten Exportpolitik sehen muß und sieht, kann sich auf eine derartige Entschuldigung nicht berufen. Sie muß versuchen, eine internationale Verständigung über den Kohlenabsatz herbeizuführen, wie sie der internationale Gewerkschaftsbund vorgeschlagen hat und wie sie allein die Beseitigung des Konfliktstoffes verbürgt, den die Absatzkrise im internationalen Kohlenbergbau vorstellt.

Nur Steinarbeit.

In der „Täglichen Rundschau“ findet sich der folgende Satz:

„Den Zolltarif im Reichstag durchzubringen, wird sicherlich noch ein schweres Stück Arbeit kosten. Es wird genau so, wie die parlamentarische Arbeit während der abgelaufenen Woche eine „Steinarbeit“ sein, wie der nunmehr mit der Polizei aus dem Reichstag hinausgeführte Kommunist Höllein einmal nicht ohne Witze sagte, denn in der Tat: nur darauf kommt es an, ob das Sigleisch der Regierungsparteien oder das der Opposition ausdauernder ist, und in diesem Punkt wird sich die Mehrheit von der Opposition keinesfalls übertreffen lassen.“

In der Tat: um Verstand zur Begründung ihrer Interessentenpolitik hat sich die Zollmehrheit nicht bemüht. Ihre Argumente sitzen im Stief.

Kommunistische Beschwerde.

Sowohl die kommunistischen Abg. Höllein und Tadatsch wie auch die kommunistische Reichstagsfraktion als solche haben in der vorgeschriebenen Form schriftliche Beschwerde gegen den Ausschluß der Abg. Höllein und Tadatsch auf zwanzig Sitzungstage aus dem Reichstage beim Präsidium des Reichstages eingereicht.

Ein Opfer der Hakenkreuzler.

Blutiger Sonnabend in Wien.

Wien, 3. August. (Eigener Drahtbericht.) Nach Beendigung der Trauerfeier für den verstorbenen Altbürgermeister Genossen Reumann ist es am Abend in der Gegend des Pratersterns zu schweren Zusammenstößen gekommen, in deren Verlauf ein junger Mann, namens Josef Rohapel, erstochen worden ist. Die „Wiener Arbeiterzeitung“ gibt über die Vorgeschichte dieser bedauerlichen Zusammenstöße folgende Darstellung: „Alle Abende ist der Praterstern von vielen Hunderten Menschen erfüllt: es sind Arbeiter, es sind Juden, die dort lustwandeln.

Dorthin kommen nun alle Abende junge Hakenkreuzler und brüllen ihre Pogrompredigten aus. Weber Arbeiter noch Juden taufen Hakenkreuzzeitungen; aber sie ärgern sich, daß ihnen mit Hakenkreuzzeitungen vor die Augen geschickt wird, daß ihnen Hakenkreuzjurte in die Ohren dröhnen. Das aber ist der Zweck der „Kampftage“: die Arbeiter, die Juden sollen geärgert, sie sollen aufgereizt, sie sollen provoziert werden, dann, so behauptet wiederum die Polizei, es sei das gute Recht der Hakenkreuzler, die Bevölkerung eines Stadtteiles aufzureizen und zu provozieren; die Provokation müsse sich nur in „geseligen Formen“, also etwa in der „Kampftage“ halten; dann sei sie „geseligh“, dann komme ihr polizeilicher Schutz zu. Diesen Schutz hat nun die Polizei dem halben Dutzend Hakenkreuzlern in reichstem Maße beigelegt. Jeder Hakenkreuzler erfreut sich der Begleitung einiger Polizisten, und je gesicherter sie sich fühlen, desto ungenierter besorgen sie ihr provokatorisches Geschäft, desto reizvoller der Genuß an der ohnmächtigen Wut der Arbeiter. Die „Rechtsauffassung“ der Polizei hat aber nun tägliche Krawalle zur Folge. Seit sechs Tagen ist der Praterstern in Aufruhr, ist der Praterstern der Schauplatz maßlos erregter Demonstrationen. Die Arbeiter kommen es einfach nicht ertragen, daß sie verhöhnt und herausgefordert, die Juden, die eben diesen Stadtteil besiedeln, können es nicht ertragen, daß sie auf offener Straße beschimpft und gedächelt werden. So ist die Hakenkreuzportage am Praterstern zu einem „öffentlichen Bergernis“, zu einer „Bedrohung der öffentlichen Ruhe und Ordnung“ geworden.

Ran strömten gestern vom Reichsbegängnis Reumanns ungeheure Massen über den Praterstern heim: Ordner in geschlossenen Zügen, Arbeiter scharenweise. Am Praterstern schlug ihnen das Geschrei der Hakenkreuzler entgegen. Es kam zu Anfeindungen, zu erregten Auseinandersetzungen. Da tauchten nun Kommunisten auf, die schon am Ring heftigste Handzettel mit der Aufforderung verteilt hatten, am Abend auf dem Praterstern zu „demonstrieren“. Dort forderten sie zur „Einheitsfront von unten“ auf, zur Gründung einer „Antifaschistischen“: ein „Wirbel“ stand in Aussicht, die Kommunisten waren zur Stelle und mit ihnen eine Schar von Spähen. Und schon blühten da und dort Polizeifelle, Berittene sprengten heran, die Erregung war maßlos. In solch einen „Wirbel“ geriet nun Rohapel. Es fiel ein unvorsichtiges Wort von seinen Lippen, worauf sich sofort einige junge Burken auf ihn stürzten, ihn, der in ein Hotel geflüchtet war, verfolgten, und ihn mit Messerstichen tödlich verletzten.“

Der Getötete, der mit einem Freunde rein zufällig in die Menschenmenge geriet, gehörte einem Turnverein an und trug einen Gürtel mit dem bekannten Abzeichen des Turnerbundes, dem vierfachen F. Als Rädler ist inzwischen von der Wiener Polizei ein bekannter Kaufbold und Zuhälter verhaftet, der der Polizei schon viel zu schaffen gemacht hat. Er hat angegeben, daß er mit den politischen Anfeindungen garnichts zu tun hatte, nur aus Freude am Krawall sich in die Menschenmenge gemischt und schließlich an der Verfolgung des flüchtenden jungen Mannes sich beteiligt habe, dem er im Stur des Hotels mehrere Messerstiche verjagte. Einer von diesen traf das Herz Rohapels und führte den sofortigen Tod herbei.

Friedensverhandlungen mit Abd el Krim.

Uebergabe der spanisch-französischen Vorschläge.

Paris, 3. August. (Eigener Drahtbericht.) In Tetan, dem spanischen Hauptquartier, gab am Sonnabend zwei Emiffare Abd el Krim eingetroffen, um in dessen Auftrag Kenntnis von den Friedensbedingungen zu nehmen, über die sich Frankreich und Spanien auf der Madrider Konferenz geeinigt haben. Die beiden Delegierten wurden von Primo de Rivera selbst empfangen und sind mit einer Abschrift der Madrider Beschlüsse in das Hauptquartier Abd el Krim zurückgekehrt, wo Abd el Krim für Montag seine militärischen Mitarbeiter, sowie die Hauptklinge der unter seinen Fahnen kämpfenden Stämme zu einem großen Kriegsrat zusammenberufen hat.

Wiener Blut.

Die neue Dichtung Carl Richters hat sich in dem unauflöselichen Theater des Westens sehr glücklich mit einer Lust von Johann Strauß eingeführt. „Wiener Blut“? Eine solche Operette gibt es nicht; wohl aber einen Wäzler, der zusammen mit dem „Geschichten aus dem Wiener Wald“, „Morgenblätter“ und „An der schönen blauen Donau“ wirklich so etwas wie eine zweite österreichische Nationaloperette darstellt. Wie ein abendfüllendes Werk heraus wird, das verrät kein Helmbuch, kein Programm. Sicher ist, daß der Geist Wiens durch diese ganze Partitur weht, daß ein Fräulein, ein Sertel, ein oder das andere Couplet-Duett ganz nach „Nedermans“ klingt, und daß die Orchesterarbeit von Feinheiten und Humoren durchsetzt ist (Einleitung zum Ringel-Reiz), wie sie Straußscher wohl nicht erdacht werden können. Woher aber diese ganze Lust? Steht da auch noch ein wenig Banner und ein Schuß Strauß-Baier drin? Es wäre angenehm, etwas von dieser höchst geschätzten Votpourriarbeit zu erfahren. Das Werk scheint in dieser Form nicht nur lebensfähig, sondern sogar konkurrenzfähig, wenn nicht mit der „Nedermans“, so doch mit dem „Zigeunerbaron“ und sicher mit „Indigo — 1001 Nacht“. Viktor Léon und Leo Stein, die Textverfasser, haben eine Verwechslungsgeschichte erlitten, die mit Hilfe eines trötlichen Premierministers immer wieder auf das falsche Gleis im Bändchen Reu-Weiz-Geiz geschoben wird, so daß tatsächlich statt eines oder zweier Akte drei herauskommen (deren erste beide zu lang sind). Eine gewisse kritische Tendenz in bezug auf Eheheiligkeit wird durch den Ton des Wils gedämpft, nicht verdrängt. Die Szene aber, in der ein Wiener und ein Sachse sich unterhalten und keiner den anderen versteht, gehört schon zu den besten aller Schwankfälle.

Hauptfächer: Eduard Bichstein kann mit drei Frauen umspringen, wie er will. Er macht das sehr frisch und heiter, ein bißchen heftig das Männerideal lieheungstiger Damen heraushebend und im Dialog so stark pollenbergend. Die Stimme ist heller als je; die Liebe erhält ihn jung. Aber Wiener Blut hat er nicht. Das hat eigentlich in der ganzen, sehr slotten Aufführung nur Oskar Sachs in seiner herrlich polternden Cholerik und die jugendhaft lustige, naturhaft würzige Margit Kühn. Wenn sie „Dulch“ singt, so ist Wiener Vorstadt nach Berlin gekommen, anstehend herzhalt. Auf der Positivseite der Lustigkeit seien gebucht: der festsche Kammerdiener Eugen Hietels und der eisigsternende blödelnde Minister Carl Sepperts. Eise Kochhann singt hochdramatisch, Anni Terroca ist bei guter stimmlicher Begabung eine sehr ungraziöse Tänzerin. Wienerisches Blut besonders bei dem Dirigenten Schönbaunfeld. O, wären sie alle ihm doch besser gefolgt! Der Redigiermarsch, getanzt von der feurigen und doch lieblichen EM Pangerer, mußte wiederholt werden. Ein sehr lohnender Witz!

Abfassung der großen Buchtafel in Russland. Dem Moskauer Bildungsministerium ist ein Projekt eingereicht worden, wonach die großen Enzyklopedien gänzlich abgeschafft und auch die Anfangsbuchstaben in einem Sach sein geschrieben werden sollen. Das Projekt weist dabei darauf hin, daß die dem Sowjetland angehörenden orientalischen Völkerstaaten in ihrer Schrift große Buchstaben nicht kennen.

Revue im Cessing-Theater. Kurz bevor ins Cessing-Theater wieder die ernste dramatische Kunst einzieht, bietet es der flatterig geschürzten Muse Odada. Die Revue aus dem Kopenhagener Stalo-Theater, mit der die Sommerdirektion die Gunst der Berliner gewinnen will, nennt sich „Regenbogen“, weil die Bilder der Bühnenschau äußerst farbenprächtig sind. Alles ist auf pompöse Ausstattung, auf Augenweide und Sinnenreiz gestellt. Die Revue, der in den vornehmen Theatern verpflanzte Kummel, ist deshalb beim abgekehrten Großstadtmenschen beliebt, weil an seine Auffassungsgabe gar keine Anforderungen gestellt werden. Er braucht nicht nachzudenken. Er sieht nur hin und hat seine Freude daran. Die Direktion war sich bis kurz vor der Ausführung nicht darüber klar, ob sie 29, 30 oder 32 Bilder zeigen sollte. Das ist das Letzte bei einer Revue. Es kommt nicht darauf an, ob ein Bild weggelassen oder hinzugefügt wird.

Aber auf das Tempo kommt es an. Und die vom Direktor Hans Baars und dem Kapellmeister Hans Raag geleitete Vorstellung hatte viel Schmitz. Nur allzuviel Einsätze hat die Revue nicht. Die einzelnen Szenen haben keinen Zusammenhang miteinander. Es sind lebende Bilder, die unter Aufsicht vieler schöner Frauen Couplettexte illustrieren, und richtige Varieténummern. Das ist ein bißchen wenig für einen Theaterabend. Immer nur Brum und Ausstattungslinier ermüden auf die Dauer. Sonderbar, daß es nicht gelingt, die früheren Retropolitheaterrevuen wieder erziehen zu lassen. Der einzige, der versucht, die Revue zu einer Art Zeitlatire zu machen, ist der gelehtige Kurt Bois, der, auf der Bühne und mitten im Zuschauerraum, mit seinen sicher improvisierten Späßen das Publikum in fidele Laune bringt. Sein trockener Witz, sein elegischer Blick und seine Schlagfertigkeit erstritten den Erfolg des Abends.

Haushaltswirtschaft in Amerika. In New York bekommt eine Stütze 60—100 Dollar monatlich. Die Kaufkraft dieses Lohnes kann mit 200—350 Mk. bewertet werden. Es ist klar, daß die Zahl der Familien, die ohne Hausangestellte auskommen müssen, verhältnismäßig größer ist als bei uns. Wenn der Mann „nur“ 6000 Dollar verdient, so macht die Frau die Arbeiten nach Möglichkeit selbst. Andererseits ist aber die Amerikanerin viel weniger geneigt, in den Arbeiten für Küche und Haus aufzugehen und darin die Befriedigung ihres Lebens zu suchen, als die Deutsche. So kommt es, daß von Amerika aus starke Bestrebungen gehen, die Hauswirtschaft durch wissenschaftliche Betriebsführung zu vereinfachen und die persönliche Arbeit dabei auf ein Minimum zu verringern. In New York hat sich ein Verein gebildet: „Wissenschaftliche Hauswirtschaft“. In den Arbeiten dieses Vereins wird vor allem die Systematik von Raum und Zeit untersucht. Es werden also die verschiedenen Anordnungen der notwendigen Geräte studiert und dann wird auf Grund dieser Untersuchung eine bestimmte, für die Normalfamilie passende Normalanordnung vorgeschlagen. Auch für die Aufeinanderfolge der verschiedenen notwendigen Arbeiten und schließlich natürlich für die zu gebrauchenden mechanischen Apparate werden allgemeine Normen herausgefunden. Es muß auch festgestellt werden, daß die amerikanische Industrie in der Herstellung technischer Hilfsmittel für die Küche der deutschen gewaltig überlegen ist. Auch was die großen Mietshäuser, wie auch die kleinen Einzelwohnhäuser anbelangt, so baut man in Amerika, namentlich in New York und Chicago, praktischer als vielfach bei uns. Das Einbauen von

Röhren, namentlich Betten, in die Wände wird von der deutschen Hausfrau zwar oft abgelehnt werden. Viele Röhren, namentlich Tische, lassen sich aber mit Vorteil, wenn man ihrer nicht bedarf, in die Wände versenken. Sehr praktisch ist die Anlage von Warmwasserleitungen für sämtliche Wohnräume, ferner die Einrichtung von Aufzügen und schließlich die neuerdings projektierte Anlage von Schächten für Müll und Abfälle aller Art. Jede Wohnung in den Großstädten wird eine derartige Anlage erhalten.

Rektorwahl an der Berliner Universität. Der weitere Senat der Berliner Universität wählte Sonnabend abend den Rektor magnificus für das Jahr 1925/26. Nachfolger von Geheimrat Hoff wird danach der ordentliche Professor der Geologie und Paläontologie Geheimrat Bergart Prof. Dr. Joseph Pompej. Pompej steht im 53. Lebensjahre. Für seine Berufswahl entscheidend wurde ein Werk „Aus der Urzeit“ von Zittel, dem Meister der Paläontologie in München, dessen Assistent Pompej später zehn Jahre lang am Münchener Museum war. Vorher aber hatte er in Königsberg und Tübingen bei Wilhelm Branca gearbeitet, dessen Nachfolger er schließlich an der Berliner Hochschule geworden ist. An die Rektorwahl schloß sich die Wahl der Dekane. Defan der Theologen-Fakultät wird Prof. D. Julius Richter, Ordinarius für Missionswissenschaft. Die Juristen-Fakultät wählte zum Defan Prof. Dr. Heinrich Tike, der bürgerliches Recht, Arbeitsrecht und Zivilprozeß vertritt. Defan der Mediziniker wurde Geheimrat Alfred Goldscheider, der Direktor der dritten medizinischen Klinik an der Charité. Die philosophische Fakultät wählte zum Defan den Botaniker Prof. Dr. Ludwig Diels. Profanzeller der Philosophen-Fakultät wurde der Mathematiker Prof. Dr. Ludwig Bieberbach.

Beim Ausbaggern des neuen Lippebeckes wurden in der Nähe von Drosfen außer Resten von großen Särgen zwei fossile Menschenschädel gefunden, die von herbeigezogenen Sachverständigen mit Rücksicht auf die flache Stirnform und andere Merkmale primitiver Entwicklung für Schädel von Menschen gehalten werden, die zu Beginn der letzten Eisperiode, d. i. vor etwa 25000 Jahren, gelebt haben.

Kabalistische Teppiche von Max Uderod und Gemälde von Carl Heinz Kroll, einem Schüler von Herwarth Walden, sind auf der Kunst-Ausstellung des Sturm, Volkamer Str. 134a ausgestellt. Die Ausstellung ist täglich von 10—6 und Sonntags von 11—2 Uhr geöffnet.

Ein China-Institut an der Universität Frankfurt a. M. ist jetzt dort durch Prof. Richard Wilhelm begründet worden. Das Institut will sich an diejenigen, die für die gegenwärtige innere Auseinandersetzung zwischen Orient und Occident Interesse haben, mit einem eigenen Organ wenden, das den Titel führt „Chinesische Blätter für Wissenschaft und Kunst“. Chinesische und deutsche Gelehrte werden daran mitarbeiten.

Zweiter Kongreß für Erfindungswesen. Die Arbeitsgemeinschaft deutscher Erfindungsverbände veranstaltet in diesen Tagen in Nürnberg den zweiten Kongreß für Erfindungswesen, auf dem Vorträge über die Geschichte des deutschen Erfindungswesens, über die Einrichtung eines deutschen Erfindungs-instituts sowie über zahlreiche Einzelprobleme gehalten werden.

Ein Verein für Stuhlentlastung in Berlin. Die Erforschung der verschiedenen Stuhlarten und ihrer Wirkung für die Gesundheit hat im letzten Jahrzehnt eine große Ausdehnung angenommen. Die Wichtigkeit dieses Gebietes wird jetzt anerkannt durch die Gründung eines Berliner Kongreßvereins für Stuhlentlastung, die vor kurzem erfolgte.

Gewerkschaftsbewegung

Die Kampfbeiträge der Bauarbeiter.

„Der Grundstein“, das Wochenblatt des Deutschen Bauergewerksbundes, schreibt in seiner Nummer 32 die für seine Arbeit stehenden Mitglieder beschlossenen Kampfbeiträge aus. Zunächst werden für die 32. bis 34. Beitragswoche folgende Extrabeiträge erhoben: Bei einem Stundenlohn bis 55 Pfennigen 2 Mark, bis zu 70 Pfennigen 3 Mark, bis zu 90 Pfennigen 4 Mark, bis zu 110 Pfennigen 5 Mark und über 110 Pfennige 6 Mark.

Da die Mitglieder des Bauergewerksbundes wissen, daß die Unternehmer ihnen den Achtstundentag entreißen und ihnen ohnehin die Löhne herunterdrücken wollen, sind sie sich auch darüber klar, daß sie alles aufbieten müssen, um diese Pläne zu durchkreuzen. Der Kampf gestaltet sich um so leichter, je fester die Bauarbeiter zusammenhalten. Schon ist es ihnen gelungen, in die Front der Unternehmer Breche zu schlagen, die sie von Tag zu Tag erweitern. Jeder einzelne Bauarbeiter, der zu den geforderten Bedingungen in Arbeit gebracht werden kann, bedeutet eine Verstärkung der Position der kämpfenden Bauarbeiter und eine weitere Schwächung der Unternehmerfront.

Will das Bauunternehmertum den Beweis liefern, daß es zum Bauen überflüssig ist, dann ist es auf dem besten Wege, diesen Beweis schlüssig zu erbringen.

Nach dem Kampf im Baugewerbe.

In Nr. 355 des „Vorwärts“ war berichtet worden, daß der Vorsitzende der ausgeschlossenen Bauarbeiter in Berlin in einer Versammlung in Lichtenberg sich gegen einen etwaigen Vereinigungsbeschluß gewandt habe.

Paul Kaiser erklärt hierzu: „Seit über 1 1/2 Jahren konnte ich infolge anderweitiger Beschäftigung weder einer Versammlung in Lichtenberg beiwohnen, noch dort referieren.“

Was die Wiedervereinigung überhaupt anbetrifft, d. h. unter welchen Bedingungen diese möglich ist, darüber zu polemisieren, kann erst nach dem Kampf geschehen.

Gegenwärtig muß die gesamte Bauarbeiterschaft, ohne Unterschied der Organisation, nur ein Ziel haben, nämlich gemeinsames Vorgehen gegen das Unternehmertum.

Um dieses Ziel schnell erreichen zu können, bin ich zu jeder Stunde bereit, gemeinsam mit allen in Frage kommenden Organisationen zu verhandeln.“

Eisenbahntarif in der Provinz Brandenburg.

Am 31. Juli lief das Lohnabkommen für die Provinz Brandenburg ab. Die Lohnkommission hatte den Unternehmern folgende Forderungen unterbreitet:

Einheitlicher Ablauf der Vereinbarungen für Berlin und die Provinz. Die Lohngebiete sollen nicht in 6, sondern in 3 Staffeln eingeteilt werden. Das bisherige Vorort-Lohngebiet soll den Berliner Lohn erhalten. Weiter wurde verlangt, daß alle Schlichtungsbeschlüsse für Berlin auch für die Provinz Geltung haben sollen, insbesondere auch der Nachtrag vom 7. Mai 1925.

Bei den Verhandlungen am 29. Juli kam es zu einer Vereinbarung, wonach der Nachtrag zum Lohnvertrag vom 7. Mai 1925, mit Ausnahme der Handwertzeugenschädigung, die von wöchentlich 1 Mk. auf 1.50 Mk. erhöht wird, weiterhin Geltung hat. Die bisherigen Lohngebiete und Staffeln bleiben bestehen. Die Stundenlöhne der Dienstleister betragen:

a) im Vorortbezirk	R. 1.80 bzw. bei Akford 120 Proz.	
b) Lohngebiet A	1.15	105
c) „ „ B	1.05	95
d) „ „ C	0.98	90
e) „ „ D	0.92	85
f) „ „ E	0.85	80

Die Richtlinien für die Hilfsarbeiterlöhne bleiben bestehen. Die neuen Lohnsätze gelten vom 1. August bis einschließlich 30. September; eine Ausnahme tritt für den Vorortbezirk ein, wenn die Löhne der Berliner Dienstleister am 1. September erhöht werden. Der Stunden- und Akfordlohn der Vorortbezirke wird vom gleichen Datum dann soweit erhöht, bis die jetzige bestehende Differenz von 7,2 Proz. (1.30—1.40 Mk.) wieder erreicht ist.

Zum 1. Oktober, dem Ablauftermin des Tarifvertrages und des Lohnabkommens, wird erneut über die aufgestellten Forderungen zu beraten sein.

Entlassungen bei Daimler in Württemberg.

Stuttgart, 1. August. (Eigener Drahtbericht.) Umfangreiche Arbeiterentlassungen stehen bei der Daimler-Motoren-Gesellschaft in Untertürkheim bei Stuttgart bevor. In den nächsten drei Wochen sollen von der 4500 Mann zählenden Gesamtbelegschaft 1500 Mann entlassen werden. Die Entlassungen werden von der Firma mit Mangel an Aufträgen begründet.

Opfer des Stinnes-Zusammenbruchs.

Weimar, 1. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Mercedes-Werke in Jella-Nachts emlichen gegen Wochenende 800 Arbeiter. Als Grund hierfür wird angegeben, daß das Werk von seiner Bankfirma, die unter dem Stinnes-Zusammenbruch leidet, die erforderlichen Kredite nicht mehr erhalten hat.

Konflikt in der Spielwarenindustrie.

Weimar, 1. August. (Eigener Drahtbericht.) In der Sonneberger Spielwarenindustrie steht ein Streik bevor. Der vom Schlichtungsausschuß gefällte Schiedsspruch, der eine Erhöhung der sehr niedrigen Stundenlöhne von nur 7 Proz. vorsah, wurde von der Arbeiterschaft abgelehnt. Während die Arbeitgeber in Obdrus sich zu einer Zulage von 25 Proz. verstanden, wurde in den anderen Orten eine Erhöhung des Lohnes abgelehnt.

Schiedsspruch für die Textilindustrie.

Greiz, 1. August. (WZ.) Zur Lohn- und Streikbewegung im Verband sächsisch-thüringischer Webereien wird mitgeteilt, daß der Greizer Schlichtungsausschuß statt der angebotenen 6 Proz. ein Lohnerbhöhung von 8 Proz. ausgesprochen hat. Der Webereiverband hat diesem Spruch zugestimmt. Die Entscheidung der Gewerkschaften steht noch aus. In der Frage der Stuhlmeisterlöhne ist noch keine Einigung erzielt worden. Der Verband hat die Forderungen der Gewerkschaften abgelehnt, und sich an den Reichsarbeitsminister gewandt. Deshalb sind gestern bei einer weiteren großen Anzahl von Betrieben die Stuhlmeister in den Streik getreten.

Herabsetzung der Arbeitszeit in Oberschlesien.

Warschau, 3. August. (U.) Ministerpräsident Grabki änderte am Freitag plötzlich sein Programm und verlegte im letzten Augenblick eine Konferenz mit dem Handels- und Arbeitsminister von Krakau hierher. In einer amtlichen Erklärung heißt es, daß der Beschluß gefaßt wurde, die Arbeitszeit in Oberschlesien von 10 auf 8 Stunden herabzusetzen, jedoch stufenweise. Die planmäßige Verkürzung der Arbeitszeit soll am 10. August beginnen.

Zur Regelung im englischen Bergbau.

Das Unbehagen des Unternehmertums.

Die Regierung wird wegen der getroffenen Regelung von dem Unternehmertum und seinen Anwälten hart bedrängt und verteidigt sich gegen die Angriffe, indem sie sich gegen die Gewerkschaften wendet.

London, 3. August. (WZ.) Lord George griff in einer Rede die Regierung wegen der gestrigen zeitweiligen Lösung der Krise im Bergbau heftig an. Die Krise sei nicht gelöst, sondern nur verschoben. Diese Verschiebung verpflichte das Land zu einer Ausgabe unbefangenen Urteils. Die Regierung habe den ersten Schritt getan, den je eine Regierung in einem industriellen Kampf getan habe. Doch ein Präzedenzfall für andere Industrien wie Eisenbahnen und Schifffahrt geschaffen sei, werde sehr schwer abzutreten sein. Arbeiter und Arbeitgeber würden sich zusammenschließen, um den Steuerzahler zu „mahlen“. Die jetzige Lösung sei die unkaufmännischste der unkaufmännischen Handlungen der Regierung Baldwin. Keine Regierung, weder Englands noch irgendeines anderen zivilisierten Landes, sei je eine ähnliche Verpflichtung eingegangen. Der Premierminister habe einen Blantowechsel unterzeichnet, und der Steuerzahler müsse nun die Rechnung für alle begangenen Fehler begleichen, für die Fehler des Schachtmasters, der Admiralsität, der Fehdenbesitzer und einiger Bergarbeiterführer. Es gebe nichts Verhängnisvoller, als eine schwierige Lage von kleinen Leuten behandeln zu lassen.

London, 3. August. (WZ.) „Manchester Guardian“ bezeichnet im Leitartikel die erfolgte vorläufige Lösung der Bergbaukrise als einen Triumph der Arbeiter und schreibt, es würde schwer sein, ein beeindruckenderes Beispiel des Erfolges der sogenannten „direkten Aktion“ anzuführen. Das Blatt ist der An-

sicht, daß Baldwin das Unvernünftige getan und richtig, aber ungeschickt gehandelt habe.

Der Vorsitzende der Handelskammer von Cardiff erklärte, die Regierungsmäßnahme sei eine schlechte Neuerung. Wenn die Kohlenindustrie eine Beihilfe brauche, dann brauchen sie auch die Stahl-, die Schiffahrts- und andere Industrien.

Nach einer U. W. Meldung vom 2. August hat der englische Innenminister in einer Rede das Angebot der Regierung verteidigt. Indessen, sagte er, sei die Gefahr noch nicht beseitigt. Später würde das Land darüber zu entscheiden haben, ob England von einem Parlament oder einer Handvoll Gewerkschaftsführer regiert werde. Der Sekretär der Bergarbeiter, Cook, sagte gestern abend, daß Baldwin's Erklärung, wonach die Löhne aller übrigen Industrien ermäßigt werden müßten, die ganze Gewerkschaftsbewegung zu einer gemeinsamen Front vereint habe.

Zentralverband der Fleischer. Morgen Dienstag abend 7 1/2 Uhr ordentliche General-Versammlung in Saal des Festsaal, Werderstr. 17. Tagesordnung: Bericht über die Sommererhebung, Geschäftsbericht. Dem nächst 1927 welchen Einfluß haben sie auf die Fleischererhebung? Die Selbstverwaltung aller im Lebensmittelgewerbe Beschäftigten, Verkäuferinnen und Verkäufer. 1927 im August aus. Sämtliche Redegänger und Rediger gehen in der General-Versammlung.

Sport.

Rennen zu Strausberg am Sonntag, den 2. August.

1. Rennen: 1. Baris (Dr. Schärer), 2. Miller, 3. Bahnenlauf. Toto: 14:10. Platz: 18, 17, 19:10. Jerner Hefen: Emma, Anna, Rinon, Frogmunt, Bebebaue, Prigga, Garabänder.
2. Rennen, 1. Abteilung: 1. Angelus (A. Standinger), 2. Bandura, 3. Labalji. Toto: 35:10. Platz: 13, 20, 12:10. Jerner Hefen: Rogentör, Obip, Basco, Trufelndörner, Dobe, Wolfäre.
2. Abteilung: 1. Gajard (E. Rannhorn), 2. Kantonette, 3. Kolore. Toto: 173:10. Platz: 48, 29, 24:10. Jerner Hefen: Ralchin, Stoffel, Semaric, Teff, Amor, Kobil, Sarnot.
3. Rennen, 1. Abteilung: 1. Eichen (E. Hauser), 2. Salo, 3. Rosenfeld. Toto: 24:10. Platz: 12, 24, 14:10. Jerner Hefen: Genderrich, Bittel H., Dorna, Valra, Rittaler, Edemauß.
2. Abteilung: 1. Daniel Otto (S. Scholz), 2. Rarr, 3. Sandbrodt. Toto: 76:10. Platz: 17, 18, 55:10. Jerner Hefen: Luitbold, Rüttung, Eep, Hönig, Röhren, Tietari.
4. Rennen: 1. Beccar (D. Schmidt), 2. Sonnenstein, 3. Mieschitz. Toto: 43:10. Platz: 15, 14, 15:10. Jerner Hefen: Jaller, Sanguinier, Mühlquelle, Eichenkrone, Impetaria, Scuola Lombarda, Torquato, Beria, Galberon.
5. Rennen: 1. Nordsee (E. Volz), 2. Jogaß, 3. Ah me quid. Toto: 55:10. Platz: 24, 19, 18:10. Jerner Hefen: Le Challenge, Kolesant, Rosenna, Bippchen II, Sen trovato, Battie Größer, Gittern, Wa Beride, Kott, Karawana, Rahl.
6. Rennen: 1. Duonabis (D. Schmidt), 2. Colberg, 3. Räßgrat. Toto: 95:10. Platz: 12, 11, 10:10. Jerner Hefen: Rüdgersauerin, Riedgruber, Wilmameibr, Rahlber, Rittel, Mle.
7. Rennen: 1. Redes Trumpf (Water), 2. Veritas, 3. Ama. Toto: 329:10. Platz: 76, 69, 23:10. Jerner Hefen: Donna Rita, Durmi, Dohor, Glarincite, Demetra, Chlos, Lucrezia, Guffaon, Sturm, Verleutete, Größel.

Verantwortlich für Berlin: Victor Schill; Vertriebsstellen: Arthur Selzer; Gewerkschaftsbewegung: Dr. Gahrn; Redaktionen: Dr. John Schömann; Hofes und Sonstige: Reichs-Rat; Anzeigen: Dr. Gahrn; sämtlich in Berlin. Verlag: Hermann-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Berlin-Verlag und Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., Berlin S. W. 6, Lindenstraße 2.

Sinalco!

die echte Blizbrause
zuckergesüßt.

Nur neubest. Schutzmarke
bürgt für echte, gute Ware

Lieferanten:
Generalvertrieb: Starck & Krüger, G. m. b. H., Landsberger Allee 6-7

F. Panning, 50, Wiener Str. 37a | A. Bethge, N. Rögner Straße 26
A. Rieme, 50, Koeb. Ufer 39-40 | H. Salm, 50, Nussbaumstraße 61
C. Evers, 50, Reichens-Str. 36 | C. Petri, N. Gartenstraße 31
F. Scheiner, 50, Nussbaum Str. 37 | W. Schinke, N. Schönholz-Str. 51
G. Seiger, 5, Schönholz-Str. 23 | F. Schilling, N. Lychners-Str. 121
E. Raue, 50, Nussbaum-Str. 28 | F. von Naef, N. Ackers-Str. 19
J. Hartsch, C. Steinstraße 28 | W. Gürtler, Steyritz, Körnerstr. 75
P. Heinsch, C. Fischerstraße 13 | G. Hoffmann, Charl., Nussbaum-Str. 19
R. Kluger, O. Tiedorfer Str. 52 | A. Liebig, Charl., Groismannstr. 60

H. Fenschow, Charlottenburg, Röntgenstraße 8
H. Tiel, Charlottenburg, Wilmersdorfer Straße 146
M. Köhler, Wilmersdorf, Brandenburgische Straße 77
Golyse & Co., Teuthen
W. Kröhne, Tempelhof, Berliner Straße 97
Gebr. Schönfeld, Friedrichshagen, Seestr. 118
C. Mögge, Spandau, Weisenburger Straße 16a
F. Müggendor, Potsdam, Alte Louisenstraße 22-23
W. Kastner, Köpenick, Kaiser Wilhelm-Straße 107
Starck & Krüger, G. m. b. H., Hermannsdorf, Lindenstraße 15

WINTERGARTEN

Im August Varietè größten Stills!

Reichshallen-Theater

Abendlich 8 Uhr:

Stettiner Sänger

Dönhoff-Brattl:
Saal und Garten
Großes Familien-Varietè
Anf. 8 Uhr, Sonnt. 6 Uhr

Elite-Sänger

Ab 1. August die größte
Edda-Revue in 12 Bildern.
8 Tage Vorverkauf

Dir. Dr. M. Zickel

Utschi

v. Jean Gilbert
Lustspiel, 8 Acte
Lustspiel, 8 Acte
Lustspiel, 8 Acte

Schiller-Theat.

Operettenspielerzeit
8 Uhr

Annemarie

Operette von Jean
Gilbert u. Robert
Gilbert mit Dora
Löffler - Nymgan
- Spira - Basselt
- Heldemann - Die-
gelmann - Hiller -
Kuthan - Ledebour

Tapeten

25 Pl. 30 Pl. 35 Pl.

Kleinstenswahl in allen Preislagen - Fertige Muster

Tapeten-Magazin Humboldt

Brunnenstraße 112, Ecke Voltastraße
zur I. Etage, 10. Stock.
(Mingler, Dager, Kautzsch, Hüllig)
Berliner erhält 9% Rabatt.

Abessiner-Pumpen

Bohren, Filter,
Kranstalle,
Prozessier-geräte
Hobahn & Co.
Pumpenfabrik
Berlin S. W.
Helmcken-
dortor Str. 24

Verkäufe

Kaumann-Wilmersdorfer für Haus-
brauch und Gewerbe, Teilszahlung, Re-
pauratur-Werkstatt für alle Systeme.
Emil Seibertz, G. m. b. H., Friedrich-
straße 24, Werder 1266.

Waffenbescheide 116.-, enalliche Be-
schaffen 68.-, Tischfächer, Einzeimüßel,
Zählungs- und Zählung, Stein, nur An-
kammertrich 20.

Kaufen Sie jetzt! Ganz besondere
Rouffleurarbeit! Herrenzimmer, „Re-
fuch“-Bibliothek mit Kridalbüchereien,
Läden innen, Hochstuhl, großer Tische-
tisch, Tisch und Stühle, Kamin, Kom-
platz nur 680.-! West. Bonapartes
Orientaler Berliner Möbelhaus Maria
Gardowitsch, Köpenick, Köpenickerstraße 2,
Kochbahn Rothbusch Tor.

Musikinstrumente

Pianos preiswert, Klaviermacher;
Hof. Brunnenstraße 13.

Erziehungspiana (Vollstän) ab 100.-
Preis, Zahlungsanleihe ohne Zins-
aufschlag, Uebungsclavier 150, Horn-
numm 245, Orchestertrich 166 III.

Fahrräder

Einlenstraße 61! Herrenräder, Damen-
räder, Rennmaschinen zu Einlenstraße-
preisen. Kleine Anleihe, becomite
Teilzahlung, Schodmann, Einlenstr. 61.

Kaufgesuche

Rohrblätter kauf Einlenstraße 19

Spielen Sie
nicht
Blinde Kuh
mit Ihrer Gesundheit

Es ist für Sie von größter Wichtigkeit, daß Ihr Körper von den giftigen Säuren, den Schlacken und dem überflüssigen Fett befreit wird. Eine schlechte Verdauung und unregelmäßiger Stuhlgang machen Ihren Körper schlaff und wenig widerstandsfähig. Sie sind nervös, gereizt und unlustig und pammicht fähig, Ihrer Tätigkeit so nachzukommen wie Sie dies selbst wünschen. Sorgen Sie dafür, daß eine Flasche

Stuvkamp-Salz

im Hause ist, und daß alle Familienmitglieder morgens auf nüchternen Magen ein Messerspitze voll in Wasser, Kaffee oder Tee einnehmen. Die Kur ist so einfach, so billig und so zuverlässig. Lernen Sie das „Stuvkamp-Gefühl“ kennen, das Gefühl von Lebenslust, Energie und Kraft! Stuvkamp-Salz ist überall erhältlich, sonst Taktraf. Stuvkamp-Salz ist überall erhältlich, sonst Taktraf.

Simon's Apotheke, C. 2, Spandauer Str. 18; Stiel's Apo-
theke, N. 24, Rosenthaler Str. 61; Hilmann-Apotheke,
5W. 19, Leipziger Str. 74 am Obhoffplatz; W. H. S. Apo-
theke, W. 51, Potsdamer Str. 84; Hilmann-Apotheke,
Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 84; Ecke Bismarckstr. 81;
Apotheke zum goldenen Hirsch, 5W. 68, Lindenstr. 74;
Luisenstädtische Apotheke, 5W. 16, Cöpenicker Str. 119;
Adler-Apotheke, N. 29, Reichensdorfer Str. 1; Sonnen-
apotheke, NO. 8, Große Frankfurter Str. 51; Frankfurter
Apotheke, O. 112, Frankfurter Allee 24; Apotheke am
Hermannplatz, Neukölln, Hermannplatz 9; Elisabeth-
Apotheke, Weißensee, Berliner Allee 240; Rathaus-Apo-
theke, Berlin-Schöneberg, Martin Lutherstr. 72.

Generalvertreter für Groß-Berlin:
GOTTFRIED LÜCKE, (Phönix-Handels-G. m. b. H.),
Berlin S. W. 62, Prinzenstr. 8. Fernspr. Moritzplatz 1423.

Stuvkamp-Salzwerk

G. m. b. H.
Hamburg & Grünangerstraße 23/25, Anhalt
Menschen auf dem Erdenrund,
Stuvkamp-Salz hält Euch gesund!

S. J. ARNHEIM BERLIN N. 20

FEUERSICHERE
BÜCHERSCHRÄNKE
KONTENSCHRÄNKE
EFFEKTEN-
SCHRÄNKE

SCHREIB-
MASCHINEN-
SCHRÄNKE
IN HÖCHSTER
VOLLENDUNG

BESICHTIGEN SIE MEINE AUSSTELLUNGSRÄUME
UNTER DEN LINDEN 32

VERLANGEN SIE KOSTENLOS AUSFÜHRICHE
BROSCHÜRE N° 18

TELEFON HANJA 35 45 345 1400